

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhof 182-295. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenleitung: Gröblichgasse 9-5 Uhr

Verleger: Hermanns-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhof 1808-1809

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Bereitet die Wahlen vor!

Der Reichsminister des Innern, Herr Jarres, hat, wie wir schon in der heutigen Morgenausgabe unseres Blattes meldeten, die Vorbereitung der Wählerlisten für die Reichstagswahlen angeordnet, mit der Maßgabe, daß die Listen am 23. März auslegungsfähig sein sollen. Die Reichsregierung rechnet also mit der Möglichkeit, daß die Wahlen schon in der ersten Hälfte des April vorgenommen werden.

Die Sozialdemokratische Partei muß sich daher gleichfalls auf diesen Wahltermin einrichten und alle organisatorischen Vorbereitungen so rechtzeitig treffen, daß ihr Apparat tadellos flappiert.

In der bürgerlichen Presse wird viel über die Frage erörtert, ob die Sozialdemokratische Partei die Reichstagsauflösung will. Darauf ist zu antworten, daß sie weder auf die Auflösung hinarbeitet, noch ihre schließliche Einstellung gegenüber den Verordnungen der Regierung vor der Absicht beeinflussen lassen wird, die Auflösung zu vermeiden.

Die bestehenden verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Vorschriften geben dem Reichstag das Recht, die von der Regierung erlassenen Verordnungen aufzuheben oder auf dem ordentlichen Weg der Gesetzgebung abzuändern. Dieses Recht des Reichstags bildet das Gegengewicht gegen die verstärkten Vollmachten, die der Regierung durch das Ermächtigungsgesetz zugestanden worden sind. Das Ermächtigungsgesetz ist der Regierung bewilligt worden unter der ausdrücklichen, im Gesetz selbst festgelegten, Voraussetzung, daß der Reichstag die Verordnungen der Regierung aufheben oder abändern darf.

Die Sozialdemokratie verlangt, daß der Reichstag von diesem seinem Recht auch einen Gebrauch macht, der den Interessen der breiten Volksmassen entspricht. Glaubt die Regierung, deswegen den Reichstag auflösen zu sollen, so mag sie es tun!

Die Frage ist also nicht, ob die Sozialdemokratie die Auflösung will, sie geht vielmehr dahin, ob die Regierung den Reichstag auflösen will, weil dieser sich etwa nicht dazu herbeilassen will, auf seine verfassungsmäßigen Rechte als gesetzgebende Körperschaft zu verzichten.

Selbstverständlich wird sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für die Annahme ihrer Anträge einsetzen. Werden sie angenommen, so steht es bei der Regierung, welche Folgerungen sie daraus ziehen will. Die Sozialdemokratische Partei ist daher auch nicht in der Lage, ihren Anhängern und der übrigen Welt sagen zu können, ob es zur Auflösung kommen wird oder nicht. Die Entscheidung darüber wird im Reichstabinett fallen.

Im Reichstabinett rechnet man mit der Wahrscheinlichkeit einer Auflösung. Daher das Rundschreiben des Reichsministers des Innern. Wenn die Auflösung in der nächsten oder der übernächsten Woche kommen sollte, wird sie nicht als Ueberraschung kommen. Der Wahlausfall wird aber nicht zum geringsten Teil davon abhängen, in welchem Zustand der Beginn des Wahlkampfes die verschiedenen politischen Organisationen finden wird.

Für den großen Wahlkampf von 1924 ist der 21. Februar erster Tag der Mobilmachung.

## Der Sieg in der Schweiz.

Das Volk für den Achtstundentag.

Die Ablehnung der sogenannten Beg-Schultheß durch das Schweizer Volk nach einem mit außerordentlich großer Erbitterung geführten Kampf ist von einer Bedeutung, die weit über die Grenzen der Schweiz hinausreicht. Die Schweiz besitzt zwar erst seit dem Juni 1919 den gesetzlichen Achtstundentag für die Fabrikbetriebe, der übrigens eine gewisse Einschränkung dadurch erfährt, daß im § 41 der Bundesrat ermächtigt wird, „für einzelne Industrien, wenn und solange zwingende Gründe es rechtfertigen... eine wöchentliche Arbeitszeit von 52 Stunden zuzulassen“, aber man kann auch sagen, daß der Kampf gegen den Achtstundentag praktisch in der Schweiz eröffnet worden ist.

Ein Jahr nach der Verabschiedung des Fabrikgesetzes über den Achtstundentag wurde die er ausgedehnt auf die Post und die Eisenbahn. Demals schon nahm das Unternehmertum offen den Kampf auf und versuchte das zweite Gesetz durch eine Volksabstimmung zu Fall zu bringen. Da es sich um Angeestellte und Beamte im öffentlichen Dienste handelte, ging man mit den bekannten demagogischen Mitteln vor, um die Bevölkerung gegen das Gesetz aufzurufen. Inwiefern erblieb das Gesetz mit einer Mehrheit von 100 000 Stimmen seine Bestätigung.

Die Unternehmer gaben sich damit aber nicht zufrieden. Im Herbst 1920 setzte gleichartig mit der künstlichen und ungesunden Hochkonjunktur in Deutschland, als eine Folge der Weltverwertung, in der Schweiz die Wirtschaftskrise ein. Die Wirtschaftskrise, die in der Schweiz eine ungeheure Arbeitslosigkeit zur Folge hatte, wurde von den Unternehmern ausgeschaltet, um die Notwendigkeit der Verlängerung der Arbeitszeit nachzuweisen. Das geschah in der Schweiz genau so wie im Herbst des Vorjahres in Deutschland. Das Resultat der Unternehmerkampagne war, daß der Bundesrat am 19. Mai 1922 der Bundesversammlung eine Revision des § 41 des Fabrikgesetzes vorlegte, in der es heißt:

In Zeiten einer allgemeinen schweren Wirtschaftskrise darf die Arbeit im einschichtigen Betrieb für den einzelnen Arbeiter wöchentlich bis auf vierundfünfzig Stunden ausgedehnt werden. Man darf indessen die tägliche Arbeitszeit von zehn Stunden im Tag nicht überschreiten. Der Bundesrat entscheidet nach Anhörung der zentralen Arbeitgeber- und Arbeiterverbände darüber, ob die Voraussetzung für die Anwendung dieser Bestimmung vorhanden sei. Er erhält über diese Beschlüsse Bericht an die Bundesversammlung.

In Zeiten in denen diese Voraussetzung nicht zutrifft kann der Bundesrat ganzen Industrien oder einzelnen Fabriken eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit bis auf vierundfünfzig Stunden gestatten, wenn und solange wichtige Gründe es rechtfertigen.

Wenn man sich diesen Text, dessen Gültigkeit für drei Jahre beschränkt war, näher ansieht, dann stellt man die Uebereinstimmung, die manchmal fast wörtlich ist, mit der Arbeitszeitverordnung des Herrn Dr. Brauns fest. Obwohl sämtliche bürgerlichen Parteien der Schweiz für die Ver-Schärfung sich ins Zeug legten, hat es doch selbst im bürgerlichen Lager nicht an Stimmen gefehlt, die sich für die Aufrechterhaltung des Achtstundentages aussprachen. So veröffentlichten 41 Geistliche Zürichs einen Aufruf „an die Angehörigen der evangelischen Landeskirche“, in dem es heißt:

Die Annahme dieser Vorlage würde die Arbeiterschaft erbittern und ihre Arbeitsfreude lähmen... Man darf nicht vergessen, daß die Verlängerung der Arbeitszeit auf acht Stunden erst nach langen Kämpfen errungen wurde. Ein von der Arbeiterbevölkerung lang ersehntes Ziel war damit erreicht. Endlich war der Arbeiter den Bureauangestellten und Beamten gleichgestellt, die für ihre doch weniger schwere, weniger gefährliche oder ungesunde Tätigkeit längere die kurze Arbeitszeit hatten. Endlich war dem Arbeiter zugelassen, daß er nicht nur Arbeiter, sondern Mensch sei und wenigstens über den Werktagabend und Samstagmorgens freie Verfügung habe... In diesem endlich erreichten Ziel sollte man grundsätzlich nicht mehr rütteln. Es war trotz allem, was man dafür anführen kann, kein glücklicher Gedanke, den Achtstundentag wieder in Frage zu stellen, und wir sollten alle groß genug denken, um dem Arbeiter nicht wieder nehmen zu wollen, was ihm gehört.

Es gab sogar vereinzelt Fabrikanten, die sich gegen die gesetzliche Verlängerung der Arbeitszeit aussprachen. Die für die Schweiz außerordentlich hohe Beteiligung an der Abstimmung von 72 Proz. aller Stimmberechtigten zeigt, wie leidenschaftlich das Gesetz umstritten worden ist und wie Gegner und Befürworter der Verlängerung der Arbeitszeit alle Kräfte angespannt haben, um eine Entscheidung in ihrem Sinne herbeizuführen. Die große Mehrheit von 120 000 Stimmen, die sich für die Par-Verlängerung der Beg-Schultheß erklärte, ist der Beweis einer hohen sozialen Einsicht des Schweizer Volkes.

Angelehnt dieser Abstimmung fühlt man sich etwas beschämt, festzustellen, daß in der deutschen Republik, fünf Jahre nach der Revolution, ein Arbeitsminister, der sich auf seine soziale Einstellung etwas zugute tut, sich bereit finden konnte, durch eine Verordnung nicht allein den Achtstundentag in den Fabrikbetrieben zu durchbrechen, sondern sogar das Gesetz über die Arbeitszeit im Steinkohlenbergbau mit einem Federstrich zu beseitigen.

Wir wissen nicht, ob dieser Reichstag mit seiner in-reaktionäre Lager abruhenden bürgerlichen Mehrheit die Zeit

## Das Schicksal der Pfalz.

Speyer, 21. Februar. (WZ.) In einer halbamtlichen, von der französischen Presse veröffentlichten Meldung aus Koblenz über die zwischen dem Kreisausschuß und den Vertretern der verfassungsmäßigen Regierung der Pfalz einerseits und dem internationalen Sonderausschuß andererseits getroffenen Vereinbarung ist von einem durch den Reichstag eingesetzten „Regierungs-Komitee“ die Rede.

Der Ausdruck „Regierungs-Komitee“ steht, wie wir hören, im Widerspruch zu dem klaren Wortlaut der getroffenen Vereinbarung. Jedes einzelne Mitglied des internationalen Sonderausschusses hat ferner bei den Verhandlungen mit dem Bischof von Speyer und dem protestantischen Kirchenpräsidenten Dr. Felschmann die bestimmte Zusicherung gegeben, daß an den staatsrechtlichen Verhältnissen der Pfalz zu Bayern und dem Reich nichts geändert werde. Daraus ergibt sich, daß die rechtmäßige Behörde der Pfalz nur die bayerische Regierung sein kann. Da der Regierungspräsident der Pfalz von der Rheinlandkommission während des Rhein- und Ruhrkampfes ausgewiesen wurde und die Erlaubnis zur Rückkehr in die Pfalz noch nicht erhalten hat, werden die Regierungsgeschäfte zurzeit von dem dienstältesten Beamten der bayerischen Regierung in der Pfalz, Regierungsdirektor Stähler, als stellvertretenden Regierungspräsidenten geführt. Der Kreisausschuß hat dem Sonderausschuß gegenüber lediglich die Vermittlerrolle zwischen der Landesregierung, der deutschen Regierung und dem Sonderausschuß zur Inangriffnahme der rechtmäßigen deutschen Verwaltung in der Pfalz, und außerdem die Verantwortung für die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung übernommen, bis die von der Separatisten ausgewiesenen und vertriebenen Beamten zurückkehren und ihren Dienst wieder aufnehmen.

Die Wiedererrichtung der ordentlichen deutschen Verwaltung in der Pfalz ist durch die französische Bezirksdelegation dadurch sehr erschwert, daß sie sich auf den Standpunkt stellt, daß auch diejenigen pfälzischen Beamten, die von den Separatisten an der Ausübung ihres Dienstes mit Gewalt verhindert, jedoch von diesen nicht ausgewiesen worden sind, erst dann ihren Dienst wieder aufnehmen dürfen, wenn ihr Antrag zur Wiederanstellung von der Rheinlandkommission genehmigt worden ist. Dieser Standpunkt widerspricht der getroffenen Vereinbarung, nach der nur die von den Separatisten ausgewiesenen pfälzischen Beamten erst im Benehmen mit der französischen Provinzdelegation ihre dienstliche Tätigkeit wieder aufnehmen dürfen.

## Beunruhigung in England.

London, 21. Februar. (WZ.) Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Ludwigshafen schreibt, neue Berichte aus verschiedenen Teilen der Pfalz bestätigen den Argwohn, daß der Grundschlag: „Linie Reppelfallen“ von den Franzosen durchaus nicht unparteiisch gehandhabt werde. Den separatistischen Kanäleisen werde Unverschämtheit verbürgt, während die Deutschen, welche Separatisten angriffen, verhaftet würden. Ein Geiselsystem sei eingeführt, und so sei jeder Bürger von Beunruhigung im Fall individueller Nachfrage einer Verhaftung ausgesetzt.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ sagt, in London sei eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen worden durch die Meldungen von zahlreichen Verhaftungen und Perquisitionen von Beamten und anderen lokalen Würdigen in der Pfalz lediglich unter der Beschuldigung, den Separatisten Widerstand geleistet zu haben. Diese Angelegenheit werde sich er untersucht werden. Als bei den letzten internationalen Verhandlungen dem Gedanken einer allgemeinen Amnestie zugestimmt worden sei, sei darunter in London nicht verstanden worden, daß eine solche allein auf die Separatisten Anwendung finden sollte. Es werde natürlich erwartet, daß die weitere auswärtige Unterstützung der Separatisten nunmehr aufhören würde.

## Der Stand der Sachverständigenarbeit.

Poincaré noch unentschieden.

Paris, 21. Februar. (WZ.) „Echo de Paris“ veröffentlicht zu den Besprechungen, die am Dienstag am Quai d'Orsay zwischen der französischen Regierung und den französischen Mitgliedern der beiden Sachverständigenausschüsse abgehalten wurden, nachstehende, sehr detaillierte Mitteilung:

1. Im Verlaufe der Dienstag erfolgten Zusammenkunft ist kein neuer Beschluß erfolgt. Dem französischen Delegierten Vorwärtler war lediglich Gelegenheit gegeben, die Mitglieder der französischen Regierung von den Arbeiten des ersten Sachverständigenausschusses zu unterrichten.

2. Die Sachverständigen haben ihren Bericht noch nicht abgefaßt und dürfen ihn erst nach Ablauf von zwei Wochen einreichen. Gegenwärtig studieren sie die Statuten der Goldnotenbank, die unter der Aufsicht eines neutralen Generaldirektors nach dem Ausland verlegt werden soll. Man behauptet, sie auf diese Weise einer direkten Beeinflussung der Berliner Regierung am besten zu ertzücken. Der betreffende Teil des Sachverständigenplanes wird gleichzeitig mit dem anderen Teil in Öffentlichkeit treten.

3. Die Hauptfrage, die noch einer Lösung harret, bezieht sich auf die Naturalleistungen, die Deutschland während der Dauer des Moratoriums zu liefern hat. Für diese können einige Abänderungen der gegenwärtigen Form der Rückzahlung zur Anpassung an ein allgemeines Reparationsystem erörtert werden. Daraus ergeben sich auch die verschiedenen Anleihepläne, die in den Blättern aufgeführt waren.

4. Für eine eventuelle Wiederherstellung der öffentlichen und privaten Schulden Deutschlands, die durch die Entwertung der Mark freigeblieben war, müssen bestimmte Garantien erlassen werden, die eine Aufsicht auf die Bezahlung der Reparationen nach Ablauf des Moratoriums bieten.

5. Zwischen den Sachverständigen ist in dieser Frage die einheitliche Ansprache noch nicht eröffnet worden. Es haben höchstens effiziente Urverhandlungen darüber stattgefunden. Poincaré ist einer bestimmten Lösung noch nicht beigetreten.

## Für die Autonomie Indiens.

Eine Forderung der unabhängigen Arbeiterpartei.

London, 21. Februar. (WZ.) Das Auswärtigenbüro veröffentlicht folgende Mitteilung: Der Nationalrat der unabhängigen Arbeiterpartei fordert die Regierung auf, Indien die vollkommene Autonomie zu gewähren. Diese dürfte nach Ansicht der unabhängigen Arbeiterpartei nicht dadurch verweigert werden, daß England ein Souveränitätsrecht über Indien ausübe.

## Die Reaktion in Spanien.

Madrid, 21. Februar. (WZ.) Das Direktorium hat gestern die Schließung des literarischen und wissenschaftlichen Vereins „Athenea“ beschlossen, deren Geschichte mit allen politischen Ereignissen und mit der geistigen Entwicklung Spaniens verbunden ist. In einer Note, die das Direktorium zur Rechtfertigung dieser Maßnahme veröffentlicht, wird erklärt, daß die Schließung infolge der Hartnäckigkeit verfügt worden sei, mit der die „Athenea“ seit einiger Zeit eine umstürzlerische Politik (!) betreibt. Außerdem hat das Direktorium die Ausweisung des bekannten Schriftstellers Unamuno, der zugleich seines Amtes als Professor der Universität Salamanca entsetzt wird, da er sich ebenfalls in umstürzlerischer Propaganda betätigt haben soll, verfügt. Aus demselben Grunde wurde der ehemalige Abgeordnete Soriano ausgewiesen. Die Note des Direktoriums droht schließlich scharfe Maßnahmen gegen jeden an, der eine feindselige Haltung gegen die gegenwärtige Regierung einnehme.

finden wird, um die Arbeitszeitverordnung des Herrn Dr. Brauns einer Nachprüfung zu unterziehen. Die Reichsregierung hat bereits mitteilen lassen, daß sie sich einer Abänderung der wirtschaftlich wichtigen Verordnungen, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen worden sind, widersetzen werde. Das bedeutet nichts anderes als die Drohung mit der Auflösung des Reichstages.

Aber ob bei einer eventuellen Abänderung der Arbeitszeitverordnung der Reichstag in wenigen Wochen aufgelöst wird oder ob er eines natürlichen Todes stirbt, jedenfalls wird das deutsche Volk in wenigen Wochen oder Monaten Gelegenheit haben, darüber zu entscheiden, ob es sich an die Spitze der internationalen sozialen Reaktion stellen will.

Wie man in der Schweiz mit der Wirtschaftskrise und der ausländischen, d. h. der deutschen Konkurrenz trefen ging, um die Notwendigkeit der Verlängerung der Arbeitszeit nachzuweisen, so führen in Deutschland die Unternehmer mit Vorliebe die Reparationen ins Feld, die die Notwendigkeit einer Verlängerung der Arbeitszeit ergäben. Dieser Grund oder vielmehr dieser Vorwand wäre vielleicht berechtigt, wenn die Unternehmer verpflichtet würden, den Ertrag der Mehrarbeit an das Deutsche Reich abzuliefern. Dapen ist aber weder in der Arbeitszeitverordnung noch in einer anderen Verordnung der Reichsregierung die Rede.

Wie sich die Verhandlungen, die sich als Folge der Untersuchung der Sachverständigen ergeben werden, noch gestalten können, kann heute niemand voraussagen. Es ist zweifellos, daß sie eine Belastung Deutschlands bringen werden. Die deutsche Arbeiterschaft hat niemals einen Zweifel darüber gefaßt, daß sie bereit ist, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um durch eine Wiedergutmachung die Auslöschung der Völker, insbesondere Deutschlands und Frankreichs, herbeizuführen. Sie muß es aber ablehnen, daß die Wiedergutmachungen zum Vorwand genommen werden, um den Achtstundentag nicht allein in Deutschland, sondern in der ganzen Welt zu beseitigen. Denn es ist für jeden Einsichtigen klar, daß eine Beseitigung des Achtstundentages in Deutschland unweigerlich die Beseitigung des Achtstundentages in den anderen Industrieländern zur Folge haben muß, sofern diese es nicht etwa vorziehen, sich gegen das deutsche Dumping durch Zölle zu schützen und der deutschen Industrie die Märkte zu sperren. Damit wäre aber auch der illusorische Vorteil der deutschen Industrie wieder weitgemacht, ja in sehr hohem Grade vergrößert.

Eine Steigerung der Produktion ist gewiß notwendig. Sie ist aber durchaus möglich auch ohne die Verlängerung der Arbeitszeit. Es ist das hohe Verdienst des Schweizer Volkes, das durch seine Abstimmung am letzten Sonntag ausdrücklich bekräftigt zu haben.

## Schiele von Schollene.

### Geistige „Waleisen“ eines Agrarierführers.

Der Rittergutspächter und Fabrikbesitzer Martin Schiele auf Neu-Scholene bei Kethenow ist die wissenschaftliche Frucht des neuen Agrariertums. Erst auf dem Brandenburger Landtagsabend hat er eine Rede gehalten, die von rauschendem Beifall begleitet wurde. Vorher hatte er erst in vier langen Artikeln in der „Deutschen Tageszeitung“ nachgezogen, ohne die Zwangswirtschaft des Schulzöllens sei Deutschlands Untergang befehle. Früher hatte er zwar nachgewiesen, daß durch die Zwangswirtschaft und die Getreidemenge die Landwirtschaft bettelarm geworden sei, daß nur die freie Wirtschaft sie retten könne. Jetzt „beweist“ er, daß die freie Wirtschaft die Landwirtschaft zugrunde richtet.

Schiele tritt da in der Rolle des großen Nationalökonomens vor die Öffentlichkeit, der nicht nur die Verhältnisse der deutschen Landwirtschaft kennt, sondern auch die der gesamten deutschen und der Weltwirtschaft. Nun bringt die

Magdeburger „Volkstimme“ eine sehr interessante Gegenüberstellung, von der wir einige Stellen hier wiedergeben:

Bei Weizen wird die Gesamtmenge der wichtigsten Produktionsländer der Welt auf 940 Millionen Doppelzentner veranschlagt gegen 870 Mill. Dz. im Vorjahr. Von der Zunahme von 70 Mill. Dz. entfällt diesmal der Hauptanteil auf Europa, das seine Weizenmenge auf 344,3 Mill. Dz. steigern konnte.

Der Anstieg von 22 Mill. Dz. in den Vereinigten Staaten wird fast ganz durch die größere Ernte Kanadas wettgemacht. Das kommt noch eine Steigerung der argentinischen Ernte um 22 von Hundert.

Der Reizeinfuhrbedarf von Europa wird mit 115,5 Mill. Dz. für die übrigen Importländer mit 41 Mill. Dz. zusammen also mit 156,5 gegen 190 im Vorjahr geschätzt. Bei der Zunahme eines sichtbaren Vorrats von 32,3 Mill. Dz. zu Beginn des Erntejahres 1923 (1. August) zu dem 235,4 Mill. Dz. exportfähigen Ueberfluß aus dem laufenden Erntejahr treten, würde sich ein Verbrauchszufluß für die Importländer in Höhe von 267,7 Mill. Dz. danach ein Ueberfluß von 181,2 Mill. Dz. zum 1. August 1924 ergeben. (Nicht eine andre Schätzung.)

Das Ergebnis ist auf jeden Fall eindeutig. Die reichliche Versorgung des Weltbedarfs im laufenden Erntejahr ist gesichert zum Beginn des neuen Erntejahres werden die Vorräte größer sein als je in den Nachkriegsjahren.

ist es die Absicht der Vereinigten Staaten und Kanadas. Diese beiden Staaten haben seit dem Kriege gemeinsam mit Argentinien den Anstieg auf dem Weltmarkt, der durch das vorjährige russische und rumänische Ausfall aus der Reihe der Exportländer entstanden war, gedeckt.

So geht es fort mit Grazie! Nun ist interessant, daß die Zitate auf der linken Seite einem Artikel „Die Weltweite 1923“ im „Wirtschaftsdienst“ Nr. 49 vom 7. Dezember 1923 entnommen sind, die Zitate rechts dem Artikel Schieles in der „Deutschen Tageszeitung“ Nr. 48 vom 26. Januar 1924!

Herr Martin Schiele von Schollene hat so nicht nur einige Zahlen, sondern ganze Absätze wörtlich abgeschrieben, ohne auch nur in einer Silbe mitzuteilen, daß sie Lesefrüchte aus einem mit dem Namen des Verfassers gezeichneten Artikel darstellen. Schiele kennt sicher den Begriff des Plagiaten, von der moralischen Bezeichnung solcher „Aneignung“ geistigen Eigentums hat er augenscheinlich keine rechte Vorstellung!

In der bayerischen Grenzstadt wurde der Handlungsgehilfe Fritz Doehmel verhaftet, der unter dem Verdacht eines in Essen begangenen Landesverrats von der Oberreichsanwaltschaft gesucht wird und in dem Budapester Prospekt gegen Ulln und Geisling als Spion eine Rolle gespielt hat. Doehmel ist bereits nach Leipzig übergeführt worden.

## Neue Teuerung?

Die in den letzten beiden Wochen erfolgte Steigerung der Preise für wichtige Lebensbedürfnisse hat nun auch in der amtlichen Statistik über die Kosten der Lebenshaltung seinen Niederschlag gefunden. Gegenüber der Vorwoche ist eine Steigerung um 1 Proz. eingetreten. Wenn auch diese Steigerung an und für sich gering ist, so ist sie doch als Symptom für die dem größten Teile der deutschen Volksmassen drohenden Gefahren außerordentlich wichtig. Seit dem 8. Dezember sind die Kosten der Lebenshaltung dauernd gesunken, insgesamt um 37,8 Proz. Diese Senkung der Kosten der Lebenshaltung ist in erster Linie auf das Sinken der Preise für Nahrungsmittel zurückzuführen. Industrieerzeugnisse sind lange nicht in demselben Umfang im Preise gesunken.

Wenn sich aber jetzt ein erneutes Steigen der Preise zeigt, so ist das von außerordentlichen Gefahren für die Bevölkerung, Börsen, Gehälter und Renten befinden sich weit unter dem Friedensstand. Im Erhöhungen müssen heftige Kämpfe ausgefochten werden; diese sind sogar notwendig, um eine Senkung der Löhne zu verhindern, die von den Unternehmern dauernd angestrebt wird. Erwägt man ferner, daß das Steigen der Preise für Nahrungsmittel einen neuen Anreiz für die Industrie zur Erhöhung der Preise darstellt, so erkennt man, daß wir uns an einem neuen Wendepunkt für die Arbeiterklasse befinden. In diese Zeit aber fällt gerade die Absicht der Reichsregierung, Länder und Gemeinden zur zwangsweisen Erhöhung der Miete zu zwingen. Jede Erhöhung der Mietpreise aber geht jetzt auf Kosten des Arbeitslohnes und ist eine Verminderung der Kaufkraft der Massen und wird die Wirtschaftskrise mit ihrer Erwerbslosigkeit nur noch verschärfen.

Die Forderungen der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nach Beseitigung der Mietesteuer und ihre Erhebung durch eine Vermögensumschichtung sind daher wichtige Voraussetzungen für die Verhinderung eines neuen Verelendungsprozesses für die Massen der Bevölkerung.

## Unsere Anträge.

Die von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Mittwoch im Reichstag eingebrachten Anträge, die wir in unserer heutigen Morgenausgabe inhaltlich bereits wiedergegeben, beziehen sich im einzelnen auf folgende Ziele:

- I. Für Sozialpolitik sind folgende Anträge gestellt: 1. Abänderung der Verordnung über die Arbeitszeit vom 22. Dezember 1923, 2. Abänderung der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 13. Februar 1924, 3. Änderung der Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924, 4. Änderung der Grundbeiträge in dem Versicherungsrecht vom 14. Dezember 1923, 5. Aufhebung der Verordnung über Krankenversicherung vom 13. Februar 1924, 6. Änderung der Verordnung über Bezüge und Krankenlohn vom 30. Oktober 1923, 7. Aufhebung der Verordnung über Zuschlag vom 13. Februar 1924, 8. Aufhebung der Verordnung über Jugendminderjahre vom 13. Februar 1924.

- II. Zu den Beamtenfragen sind folgende Anträge gestellt: 1. Antrag auf Änderung der Personalabbauverordnung durch ein Gesetz, 2. Antrag auf Erhöhung der Bezüge der Beamten, 3. Antrag auf Aufhebung des Reinstundentages.
- III. Zu den Rechtsfragen sind folgende Anträge gestellt: 1. Zwei Anträge zur Änderung der Berechnung über Gerichtsverfassung und Strafverfassung vom 4. Januar 1924, 2. Antrag auf Einschränkung des Begriffs „Landesverrat“, 3. Antrag auf Aufhebung der Verordnung über durch innere Unruhen verursachte Schäden, 4. Antrag auf Aufhebung der Verordnung zur Entlassung des Reichspräsidenten, 5. Antrag über die Reichsliste der Beamten als wesentliche Richter, 6. Antrag auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfes über die Ausführung des Artikels 48.
- IV. Antrag auf Änderung der britten Steuerministerordnung.

## Der Mann mit dem Piston.

Von Karl Fischer.

Nun findet in der Stadtbahn manchmal merkwürdige Reisefahrer. Manche, die einen gewissermaßen mit Gewalt ablenken von der Bekanntheit eines Buches oder einer Zeitung, die den Verkauf der Bekanntheit des Reisenden unterbrechen, sie zusammenrufen und ihnen Wege weisen wollen in ein Land, zu dem man doch niemals den Zutritt erlangt.

Es ist so, als ob das Schicksal eines Menschen sich ganz blickt an das Herz des erschrockenen Beobachters (Schiele, als ob unterirdische Kräfte, die irgendwo tief in der Brust lauern vernommen schweben, nun mit einem ganz leisen Anschlag).

Wissens sind es Menschen, die nichts Trügerisches oder gar Drohendes an sich haben, die still sind, ergeben in ihr Schicksal und ruhig, und die doch die Gedanken aufzubrechen.

Man sieht jetzt so häufig in der Stadtbahn Gestalten des Elends mit ein paar Lumpen um ausgezeherte Glieder auf der Fahrt nach Arbeit und Verdienst, und doch regt und rührt sich nichts Besonderes in einem und reißt am Gewissen. Mein Gott, die meisten haben eben die stets hilfserbiete Lebensart bei der Hand; Ja, das Elend ist groß!

Und man sieht daneben jemanden im Pelz prunken, aber man hört andere lauchenden Gesichts die Unvollkommenheiten des jetzigen Bodentages loben, und das alles läßt fast, denn sofort kommt der Trost, von dem diese gar nicht mehr wissen, wie traurig er ist; Ja, das ist halt so in der Welt!

Aber dann steigt eines Morgens um ein halb acht Uhr in das Abteil des Stadtbahnwagens, das voll ist von Menschen, die in Bureau und Beruf eilen, ein alter Mann mit schüttertem weißen Haar, schleppten Schritte und mit jähren Bewegungen der Hände und der Arme. Unter dem Winterüberzieher, der zwar noch nicht schön und schicklich, aber abgeduldet ist, schaut ein schwarzer Kragen hervor, der blank gefeuchtet ist. In der Hand hält er ein Pistol in einem schwarzen Lederzeug, das so dünn und durchsichtig ist, daß man das Instrument mit allen seinen Klappen deutlich erkennen kann. Sofort ist jemand aufgesprungen und hat ihm seinen Platz angeboten. Die jungen Leute in der Ecke, die eben noch laut und lustig draußes geplappert haben, schweigen plötzlich, und alle schauen den alten Mann mit der Trompete an, von dem eine merkwürdige Trauer ausgeht.

Der alte Mann hat sich schnell gesetzt, schon fast, die Augenlider sinken ihm — man kann leicht erkennen, daß er die Nacht nicht geschlafen hat — aber er schlägt sie immer wieder auf und schaut sich um, und das ist, als ob er sich schämt. Ein Musiker, der die Nacht zum Tanz aufgespielt hat bei einer Hochzeit oder in einem Verein, und dessen Gesicht erzählt, daß er viele Nächte so verbringt.

## Ein Beruf wie tausend andere auch!

Und doch drängt sich einem da etwas auf, das sich nicht abwehren und beschwichtigen läßt, ein Dumpfes, Drohenes.

Nachherbelt gibt es in vielen Betrieben, aber das hier ist doch noch etwas anderes, etwas Brutales, Grausames. Damit andere sich umhören, taxen und loben können, ist dieser alte Mann dazu verdammt, den Schlaf, den seine alten Knochen so notwendig brauchen, beiseite zu schieben.

Und nun sieht er inmitten einer Welt, die mit neuen Kräften zur Arbeit will, und kommt sich so fremd und überflüssig vor.

Nachlässig glaubt man, wenn er eines Tages die Trompete an den Mund setzt und statt Lausmetellen und semmelbrotlicher Rieder, die großen Löwe weniger Verzweiflung und die hellen Lote vor dem letzten Kampf herausgeschmettert, daß diese Welt der Müge und Scheiternsgeist in Schweren geladeten wird!

Aber er sitzt still und hat schmerzbar nur die eine Sehnsucht: schlafen, schlafen...

Ein Hauptkünstler. Der „Deutsche Theater“ hat mit dem Hauptteil der Darsteller von dem ehemaligen Schauspiel-Theater nun auch eine kleine erfolgreiche Repertorienkompanie übernommen. Und so sah man denn statt im Friedrich-Wilhelmstädtischen jetzt im ehemaligen Reichardt-Theater die russisch-jüdische Komödie: „Sonett und der Haupttreffer“ von Tuschewitsch. Die alte Fröhlichkeit, ja Ausgelassenheit geht weiter von dem Mittelstück, das im übrigen etwas dünn ist und auch keinen Schuß fängt, wirksam aus. Der Sonett ist in der Tat eine famose Figur, und die Art, wie ihn Karl Eisinger mit all seinem jüdischen Humor verfährt, ist übermäßig. Die Komödianterei, die sich das Schauspiel-Theater zum Ziel gesetzt hatte, feiert darin Triumphe. Eisinger steht darin wirklich Kopf! Über er rundet auch das Bild des armen ausgebeuteten Bureauangestellten, der ein schwärmendes Herz und die Liebe zu einem hat, der von dem pfälzischen Reichtum nur die Vorrede genießt und im Grund hiebt, was er isst. Schade, daß der Verfasser diesem Charakter den Schluß nicht besser angeht. Im Mittelstück, das durchaus jüdisch sein muß, nahm Eisinger einige unvollkommene Veränderungen vor. Die junge lebenslustige Frau, die die Elsbete so mit ungezügelter Heißheit gab, war eine blonde Germanin. Und die Heiligenbilder heideten auch nicht daher. Die bralligste Komik schloß in Helene Wiegels Berliner Bürgerstunde. Frühere waren auch Marquise Hübner als Conzins Mutter und Frau Kay als Richter.

Die Theaterkritik als Wissenschaft. Der merkwürdige Journalist den Alfred Kerr ausgesetzt war, wurde veranlaßt durch seine Kritik über die Wiederaufnahme im Reichstheater. Kerr schrieb damals im „Berliner Tageblatt“: „Für die Theaterkennerschaft die Fäulnis war, verführerisch genug, eine Werkstättenkünstlerin, Kade Wilton, auf dem Theatral angelegt. Statt ihrer kam, erstarrt verweist, Marieanne Wengel; sie sah so zwei Rollen: Bachmanns Unglück — Frankholts Unglück. Beides... mit Glück.“

Der „Verband der Berliner Theaterkünstler“, an dem sich die Schauspielwerke wandte, fand keinen Grund zur Intervention. Das Geschäftsjahr aber wurde nicht abgemeldet... man wollte Leben sehen.

Eine wissenschaftliche Volksbibliothek. Ueber die immer wachsende Notwendigkeit und Bedeutung des öffentlichen wissenschaftlichen Buchwesens können wichtige Folgerungen aus Angaben gewonnen werden, die sich in einem neuen veröffentlichten Bericht der Landesbibliothek Gotha finden. Die Gothaer Landesbibliothek ist eine der besten und angesehensten wissenschaftlichen Bibliotheken Deutschlands. Als eine der ersten Landesbibliotheken der ehemaligen Thüringer Residenzstädte hat die Landesbibliothek in Gotha jedoch auch unter ihrem Direktor Prof. H. Krüger ihre Tätigkeit demgemäß erweitert und ihrer Arbeit ein doppeltes Programm vorangestellt: 1. Die müssen den alten Bestand unserer wissenschaftlichen Bibliothek unbedingt erhalten, 2. Die müssen die Bildungsmöglichkeiten unserer reichen Bürgerklasse möglichst weitest ausdehnen und die künftige wissenschaftliche Bevölkerung erschließen. Die rasch diese Erweiterung der Tätigkeit gelungen ist, zeigen folgende Zahlen über die Benutzung: Verleihen wurden: 1918: 4367 Bände an 1635 Personen, 1921: 3779 Bände an 3476 Personen, 1923: 14409 Bände an 6549 Personen. Im Dezember 1923 wurden 1200 Bände an 470 Entleiher, im Januar 1924 2000 Bände an 807 Entleiher ausgegeben. Eine weitere Aufgabe übernimmt die Gothaer Landesbibliothek Anfang April 1924, wo die bisherige Stadtbücherei (öffentliche Volksbücherei) von ihr mit übernommen wird, so daß sie nunmehr außer ihren alten rein wissenschaftlichen Leistungen die Bedeutung einer umfassenden Bildungseinrichtung für Stadt- und Landkreis Gotha empfängt.

Die von der Volksbibliothek erwählte Wohlfühl-Kommission, die am kommenden Sonntag im Großen Schauspielhaus stattfinden sollte, muß aus technischen Gründen verschoben werden. Kartenbesitzer können die Karten in den Verleihenstellen umtauschen oder zurückgeben.

Bühnenkonzert. Dr. Martin Nadel hat das Theater u. s. w. Kommando-Orchester mit dem nächsten Spiel auf mehrere Jahre gepachtet, da Direktor Weiler für ganz früher kassabestimmten und das Kommando-Orchester zu seinem Besten hat. Herr Dr. Nadel beteiligt sich dementsprechend an der künstlerischen Leitung des Theaters.

Ein neuer Vortrag und Bühnenwerk wurde unter Leitung des Bundes der deutschen Volkshilfsvereine im Leben geführt. Die „Volkshilfsvereine“ und „Berliner-Gesellschaft“ (Berlin N.W., Königplatz) wird nunmehr eine solche herausragende Werke zum Bühnenwerk beifügen und durch Billig-Buchausgaben vertrieben, die in ihrem zeitigen Gebiet und ihrer künftigen Bedeutung die Theaterkulturellen Beziehungen der Volkshilfsbewegung zu fördern geeignet sind.

Wohn im Hof. Eine Anleihe hat er mit dem Vorwissen zu einem künftigen Hofen bestimmt, in dem Kellern kein Licht.

Das Überangebot in Kunstlicher Kasse. Wir aus Galle vernahmet wird, bei der Ministerial-Kasse in Galle Kasse die Kasse für die Überangebot in Kunstlicher Kasse einbringen. Die Regierung wird die Kasse für Kunstlicher Kasse einbringen, so an den weiteren Überangebot zu betreiben. Die Ministerial-Kasse für Kunstlicher Kasse einbringen wird nicht betreiben. Es handelt sich dabei um den Vertrag zwischen dem „Land“ zu handeln, der dieser die erste Bestimmung garantiert.

# Generalversammlung der Metallarbeiter

Kassel, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

## Die heutige Vormittags-Sitzung.

Weber-Schöniger (KPD): Die Kommunisten seien bereit, mit den Anhängern der USPD zusammenzuarbeiten, wenn diese gewillt seien, mit den Kommunisten politisch auf eine gemeinsame Plattform zu treten. Die Kommunisten hätten schon 1914 (1) die Gewerkschaften zur Aufnahme des Klassenkampfes aufgefordert, ebenso 1918, und als die Massen gefolgt seien, waren sie niedergeschlagen worden auf Veranlassung der reaktionären rechten Führer. Reizend verließ sich zu der Behauptung, daß heute die Kommunisten allein den Kampf gegen den Kapitalismus führten. In dem roten Reich wollten die Kommunisten auch die Unionisten und SyndikalistInnen aufschließen, angeblich zu dem Zweck, sie den Zentralgewerkschaften wieder zuzuführen. Der Kampf könne nur dann erfolgreich sein, wenn die Massen auf der Straße erschienen. Den Anhängern der Amsterdamer Gewerkschaften sprach Weber den guten Willen ab, den Kampf aufzunehmen. Den Weg der Demokratie lehnten die Kommunisten ab. Sie forderten die proletarische Revolution und Diktatur des Proletariats.

Hirsch-Derix (USPD): Schumann habe nichts Positives bringen können und auch keinen anderen Weg gezeigt als der Vorstand. Die neue Politik, die Eisert empfohlen habe, hätte durch ihn bei den Verhandlungen im Metallarbeiterkreis einzuführen werden können, aber da habe sie vollkommen versagt und Eisert habe auch nichts anderes tun können, als die „reformistischen“ Führer. Genau so sieht es in allen oppositionellen arbeitenden Vernehmlichungen aus. In der Frage der Erwerbslosenfürsorge habe gerade Schumann im Reichstag mit aller Energie gearbeitet. Die Kommunisten aber hätten sich in langen Resolutionen erschöpft und bei der Abstimmung sei die Mehrheit der Kommunisten nicht einmal anwesend gewesen. Einige Mitglieder und der allgemeine Ausschuss seien an dem schädlichen Bruderkampf in den eigenen Reihen. Mit allen Mitteln müsse der Bruderkampf beseitigt werden. Die Amsterdamer unterschreibe sich von der Moskauer Richtung dadurch, daß sie sich ihren Weg nicht vorzeichnen lasse von irgendeiner politischen Partei, sondern selbständig ihre Politik und Politik einrichtete. Redner kritisiert dann die Resolutionen der Kommunisten, die die Tätigkeit der Gewerkschaften als „gelb“ bezeichneten. Diejenigen, die solche Vorwürfe erheben, kämen aus den Reihen, die immer als gelb bezeichnet worden wären.

Grömann (USPD) geht auf den Vorwurf Schumanns ein, als habe der Bundesvorstand an der Verhängung des Ausnahmezustandes mitgearbeitet. Diesen Vorwurf lehnt er als unbillig und unbeweisbar ab. Er weist auf die Rede Sinowjews in Moskau hin. (Der Berliner Delegierte Kawradt unterbreche Grömanns Ausführungen durch ein sehr lautes Schreien.) Grömann beschneide und unterbreche die Reden der Kommunisten unter dem Befehl Moskaus. Die Tatsache, daß sie nicht frei in ihren Entschlüssen seien, werde eine Einigung nicht zulassen. Trotzdem verleihe er die Moskauer mit der früheren päpstlichen Diktatur. Die deutschen Kommunisten seien abhängig von den Beschlüssen von Lenin, die die deutschen Verhältnisse nicht kennen, sie seien nur Schachfiguren für die Herrschaften im Osten. Unter Räumlicher Zustimmung der Delegierten führte Grömann aus, daß alle Führer des USPD, mit einem Herzen die Einheitsfront wollten. Die Einigung sei möglich, wenn alle Deutschen die guten Willens sind, ihre Pflicht zu tun. (Stürmischer Beifall.)

## Der Anschlag gegen Kerr.

Nach einer Mitteilung der preussischen Staatsregierung hat das polizeiliche Ermittlungsverfahren wegen des gegen Alfred Kerr geplanten Anschlages bisher nicht ergeben, daß ein höherer preussischer Staatsbeamter mit der Sache etwas zu tun habe.

## Die englisch-russische Konferenz.

London, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Beginn der englisch-russischen Konferenz wurde auf die letzte Märzwoche festgelegt. Zu englischen Delegierten wurden ernannt: Sir Sydney Chapman, der permanente Unterstaatssekretär im Handelsministerium, D. Gregory, Leiter der russischen Sektion des Armamenten Amtes, und möglicherweise ein Vertreter des Finanzministeriums.

## Attentat auf einen Faschistenführer.

Paris, 2. Februar. (Eco.) Gestern Abend um 11 1/2 Uhr wurde auf den Führer der italienischen Faschisten in Paris und Direktor des hiesigen faschistischen Organes „L'Italia Nouvelle“ und Pariser Korrespondent des „Popolo d'Italia“ Bonvisio ein Attentat verübt. Bonvisio hatte in dem italienischen Restaurant Savois sein Abendessen beendet, als ein Kellner des Restaurants, ein junger 21jähriger Italiener, der erst seit einigen Tagen zur Kasse dort angestellt war, auf ihn zutrat, einen Revolver aus der Tasche zog und zwei Schüsse auf ihn abgab. Ein Schuß ging fehl, während der andere hinter dem rechten Ohr in den Schädel des Faschistenführers eindrang. Zahlreiche Gäste und das Personal stürzten sich sofort auf den Mörder und entsetzten ihn. Dieser erklärte, er habe nicht den Menschen töten wollen, sondern die Idee. Bonvisio wurde in schwerem Verletzungs Zustand in das Krankenhaus gebracht, während der Attentäter der Polizei übergeben wurde. Dort erklärte er, Ernst Bonvisio zu heißen und Anarchist zu sein. Er gehöre keiner Partei an, sondern habe aus reinem Mitleid gehandelt. Um die Maßnahmen der Regierung zu beschleunigen, habe er die Kommunisten und Anarchisten zu helfen, habe er beschlossen, den Führer der Faschisten in Paris zu töten. Um seine Tat besser ausführen zu können, habe er sich als Kellner in dem Restaurant anstellen lassen.

Türkische Blausaff. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß 20 türkische Unterthanen, darunter zwei Beherren, von den Türken auf Grund ihrer antürkischen Haltung während der vorübergehenden Offiziershinterziehung hingerichtet worden sind.

## Die Börse und die Wahlen.

In der heutigen Börse begrüßte man die in der Sitzung des Reichstages am 19. Februar erfolgte Ermäßigung der Gütertarife und verspricht sich davon eine gewisse Anregung für die Industrie, doch fürchtet man, daß die Vermutung aus finanziellen Gründen einzuwirken von einer weitgehenden Herabsetzung der Zölle wird abgehen müssen. Der Erfolg des Reichstages des Innern zur Wahlvorbereitung für alle Fälle bestimmte in Börsenkreisen (1), da man durch die neuen Wahlkämpfe eine starke Beunruhigung der Wirtschaft befürchtet. Die Verkäufe des Auslandes haben offenbar etwas nachgelassen. Man nimmt an, daß die internationale Spekulation allerdings auch in den nächsten Tagen größere Effektenposten auf den Markt werfen wird, um sich der französischen Börse zuzuwenden, wo man sich schwere Gewinne verspricht.

Unter der Einwirkung dieser Verkäufe war es auch der hiesigen Spekulation nicht möglich, ihre meist auf Kredit eingegangenen Engagements durchzuführen, zumal sich das Publikum in äußerst hartem Maße zurückzieht. Diese Zurückhaltung hat nun an der hiesigen Börse etwas nachgelassen.

Durch den Rückgang der Börse in den letzten Tagen nicht immer ganz ruhig war, da der anhaltende Devisenmarkt hier einmündend wirkte, ist heute wieder etwas ruhiger geworden. So war die Tendenz am Aktienmarkt im allgemeinen etwas belebter.

Die Anforderungen am heutigen Devisenmarkt stellen sich ungefähr im Rahmen der gestrigen, und auch die Reparaturarbeiten werden mit kleinen Schwankungen ziemlich ununterbrochen.

# Verfagen nur die Bremsen?

Das schwere Eisenbahnunglück bei Ludwigslust wird auf ein Verfagen der automatischen Bremsen zurückgeführt. Seit dem Bestehen der Eisenbahnen hat die Frage ihrer Betriebssicherheit die größte Rolle gespielt. Jeweils glaubte man den Menschen durch „nie verlagende“ mechanische Sicherungseinrichtungen ersparen zu können. Aber immer wieder war das Mikroskop gegen die Zuverlässigkeit der automatischen Wächter noch. Man zog es vor, menschliche Wachsamkeit und mechanische Sicherungsvorrichtungen zu vereinen, um Unfälle zu verhindern. Der Mensch ließ sich aus dem komplizierten Eisenbahnbetrieb nicht ausschalten. Verminderung des Personals, Überarbeit und nicht zureichende Ernährungsmöglichkeiten mußten den Wert des Menschen als Unfallverhütungsschutz erheblich herabmindern. Das Unglück von Ludwigslust scheint ebenfalls eine Folge von Sparmaßnahmen zu sein, die schadenbringend angewandt zu noch schwereren Katastrophen führen müssen. Zuschriften aus Hagen, die nach dem Unglück von Ludwigslust an uns gelangten, zeigen, daß die Möglichkeit von Katastrophen nach dem Einfahren der Sparmaßnahmen mehr denn je gefährlich wird. Wir geben eine dieser Zuschriften, die völlig sachlich gehalten ist, im Folgenden wieder.

„Das schwere Eisenbahnunglück bei Ludwigslust wird auf ein Verfagen der Bremsen zurückgeführt. Ich möchte darauf hinweisen, daß es angebracht ist, bei der Nachforschung nach der Ursache

## Agung, Genossinnen!

# Große Funktionärinnenkonferenz

Freitag, den 22. Februar, abends 6 Uhr, in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 58/59 (oberer Saal).

### Tagesordnung:

1. „Reichstag“ (Sonntag, den 2. März) und „Reichstranzen“ (Sonntag, den 30. März) in Berlin, Landtagsgebäude. — Referentin: Genossin Wurm.
2. Wahl der Delegierten zum Reichstranzenkongress.
3. Ausschaltung des Reichstranzenkongresses.
4. Vergleichendes.

Erhalten aller Funktionärinnen Pflicht — Mittelstandsbuch und Junglondarkarte oder Mittelstandsbuch und Einzahlung legitimieren.

dieses Unglücks nicht bei den versagenden Bremsen stehen zu bleiben. Sollte nicht vielmehr die Eisenbahnverwaltung selbst durch ihre Unachtsamkeit die Schuld an diesem Unglück tragen? In dieser Beziehung herrschen bei der Eisenbahn jetzt fast unmögliche Zustände. Für eine bestimmte Wagenzahl, auf die früher fünf bis sieben Handbremsen kamen, wird jetzt nur ein Handbremsler eingestellt. Wenn einmal die Luftdruckbremse versagt, ist ein großes Unglück — besonders auch infolge der vereisten Schienen — unvermeidlich.

Es spricht für den hohen technischen Stand der automatischen Bremsen und der übrigen Sicherungseinrichtungen, wenn die Zahl der Katastrophen nicht noch größer ist. Die Eisenbahnverwaltung aber hat die Pflicht, danach zu streben, jede Katastrophe unmöglich zu machen. Sie verliert gegen diese Pflicht auf das Schwerste, wenn sie den Menschen, mehr als zulässig, als einen der wesentlichsten Sicherheitsfaktoren ausschaltet, weil sie dadurch glaubt, sparen zu können. Die Werte, die bei solchen Unglücksfällen vernichtet werden, sind aber unumkehrbar verloren, und zu den Entschädigungen, die der Staat aufzubringen hat, gefügt sich auch noch eine Verringerung des Vertrauens und des Ansehens. Sparen ist gut, sparen auf solchem Fleck aber ist größte Verschwendung.

## Das Großfeuer bei Kopp u. Joseph.

### Der Feuerwehrcorps verunglückt.

Das Großfeuer, das wir im Korrespondenzteil mitteilen, gestern Abend in der letzten Stunde aus noch nicht ermittelter Ursache in der Porzellanfabrik von Kopp u. Joseph in der Südwärter 107 ausbrach, verurteilte der Berliner Feuerwehrcorps zur Arbeit. Von mehreren Seiten alarmiert, waren um 10 Uhr der P. Böschung aus der Schönberger Straße, der 1. Zug aus der Lindenstraße sowie andere aus Schöneberg und Charlottenburg erschienen und setzten unverzüglich mit ihren Motorspritzen ein. Es brannten auf dem dritten Hofe das Duergebäude mit dem anliegenden Seitenflügel. Der Brandherd lag im dritten Stockwerk. Die Wunden hielten in den Fabrikräumen an. Feilen, Säuren, Lackmaterialien, die Einrichtung und Chemikalien reiche Vorräte wurden gefunden und schlugen aus dem Dache heraus. Durch Blasen von Ballons, die mit Äther und Säuren gefüllt waren, entzündeten sich giftige Dämpfe, die sehr bald wirkten und die Atmung erschwerten. Es konnte nicht verhindert werden, daß der Duerfeuermann Karitzke von der Hauptwache schwer an Rauchvergiftung erkrankte und sofort nach dem Elisabethrankenhaus abgebracht werden mußte. Auch die Feuerwehrmänner Dornbusch, Rehler und Pawlowitz erkrankten an Vergiftungserscheinungen durch Säuredämpfe. Sie mußten sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. Die Jügel hatten Stundenlang zu löschen, bevor alle Gefahren beseitigt waren. Heute vormittag erst konnte mit den Aufräumungsarbeiten begonnen werden. Der Schaden soll erheblich sein, es sind außer verbrannten Dreisen, Porzellanwaren usw. auch ärztliche Bedarfsartikel ein Opfer der Flammen geworden. Dieser Brand und die zahlreichen anderen in den letzten Wochen haben den besten Beweis geliefert, daß der Abbau der Feuerwehrcorps nicht weiter ausgedehnt werden darf, falls man die Feuerwehrcorps von Berlin nicht noch mehr gefährden will.

## Der „Neffe des Reichsbankpräsidenten“.

Ein Schwindler, der unter dem Namen eines Kaufmanns Walter Ostrowski aus Königsberg in der Neuen Winterstraße 45 wohnt und Schleihergeschäfte aller Art betreibt, wurde in Mailand verhaftet. Er hatte unter anderem einen Kaufmann Solomon Ganz aus Lodz, der 3000 amerikanische Dollar und 6425 holländische Gulden in Rentenmarkt umgetauscht haben wollte, sorgerdeit, daß er das Geschäft um so vorteilhafter vermitteln könne, als er ein „Neffe des neuen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht“ sei. Nachdem Ganz ihm vertrauensvoll seine Dollars übergeben hatte, nahm er unter dem Vorwand, eine Reise nach der Heimat machen zu müssen, schleunigst Abschied von seiner Geliebten und ließ das Geld. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß Ostrowski mit einem gewissen Wanne, der auch an dem Geschäft beteiligt war, nicht nach Königsberg, sondern nach Leipzig gefahren war. Sein Geschäftstrüben wurde dort aus ermittelt und festgenommen. Ostrowski hatte ihn verhaftet und war selbst bereits nach Wien gereist. Von dort führte keine Spur nach Mailand. Hier wurde er dann auch in Mailand auffindig gemacht und ebenfalls verhaftet.

## Radis im Dienste der Kinderheilung.

Das Jugenamt Friedrichshagen hat in der Schulschule Ederstr. 16 eine permanente Falt-Emplagestation mit einem Bieröhren-Apparat eingerichtet. Täglich 4 Uhr nachmittags finden Vorträge statt. Schulkinder und Erwachsene können sich hier von den ungeheuren Fortschritten der Technik auf diesem Gebiete überzeugen. Einfließende Gelder werden kostenlos zur Speisung bedürftiger Kinder, wenn es im Berliner Osten Zeit

laufende gibt, verwendet. In dieser Woche finden außer dem Nachmittagsvorträgen zwei Abendvorträge mit kurzen einleitenden Vorträgen statt und zwar am Donnerstag und Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, in der Schulschule Ederstr. 16. Der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene am Abend 30 Pfennig, nachmittags 20 Pfennig, Kinder entrichten nachmittags 10 Pfennig, abends 20 Pfennig.

## Der Schnellbahn-Ausbau.

### Zunächst keine neuen Strecken.

Die Hochbahngesellschaft demotiert eine von anderer Seite verbreitete Meldung, wonach sie bereit sei, ihre Ergänzungstrecke vom Gleisdreieck zum Bittenbergsplatz fertigzustellen, wenn ihr zugleich die Möglichkeit gegeben würde, die Bestirrede über den Bahnhof Umlandstraße hinaus durch den Kurfürstendamm bis nach Halensee durchzuführen. Die Gesellschaft teilt hierzu mit, daß diese Maßnahme nicht zutrifft; sie ist vielmehr darauf angewiesen, alle verfügbaren Mittel dazu zu verwenden, um ihre Anlagen wieder in den normalen Zustand zu bringen, insbesondere aber der Überfüllung zu begegnen, die auf ihren eigenen Linien und in noch höherem Grade auf der Nord-Süd-Bahn herrscht. Bei der Nord-Süd-Bahn wurde die Inbetriebnahme bekanntlich nur mit der beschränkten Wagenzahl, die die Hochbahngesellschaft aus ihrem Bestande zur Verfügung stellen konnte, ermöglicht; hier wird in kurzer Zeit Abhilfe geschaffen werden durch Neuanstellung einer größeren Anzahl von Zügen, die breite Wagen mit großem Fassungsvermögen bieten. Die Hochbahngesellschaft ihrerseits hat bereits mit der Vergrößerung ihres Wagenparks begonnen und setzt sie ebenso wie den Ausbau ihrer Kraftwerke in starkem Maße fort, um den berechtigten Ansprüchen der Fahrgäste Genüge zu leisten. Was die Verlängerung der Untergrundbahn von der Umlandstraße nach Halensee anlangt, so bestand schon vor dem Kriege bei den Stadtgemeinden Wilmersdorf und Charlottenburg die bestimmte Absicht, alsbald an die Ausführung heranzutreten; es handelte sich nur noch um die Verständigung der beiden Gemeinden über die Kostenverteilung. Indes wird auch hier bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Verwirklichung des Gedankens wohl noch verschoben werden müssen.

Auch wir halten es für die erste Pflicht der Hoch- und Untergrundbahn, zunächst dafür Sorge zu tragen, daß die unbilligsten, bereits die persönliche Sicherheit gefährdenden Zustände im heutigen Schnellbahnverkehr durch einigermaßen geteilte Verhältnisse erlegt werden, was aber nur durch Einstellung neuer Wagenzüge — auf allen Strecken — geschehen kann.

## Invalidentende für Hausgewerbetreibende.

Von den Hausgewerbetreibenden, die seit 1. Januar 1923 Beiträge zur Invalidenversicherung leisten, dürfen den wenigsten bekannt sein, daß sie schon mit 40 Beitragsmarken (Pflichtmarken) eine Kranken- oder Invalidenrente beanspruchen können. Verlangt wird neben der Invalidität, daß Rentenbesitzer in den fünf Jahren vor Eintritt der Invalidität mindestens in 200 Wochen eine entsprechende hausgewerbliche Tätigkeit ausgeübt oder Marken verwendet hat. Auch darf er in der Zeit, in der obige 40 Marken eingeklebt sind, nicht schon invalide gewesen sein. Sollte die Ausstellung einer Quittungskarte seinerzeit unterblieben oder zu unrecht verweigert worden sein, so kann beim Versicherungsamt, Klosterstraße 65-67, bei Stellung des Rentenanspruchs die nachträgliche Einziehung der Marken beantragt werden.

Die Hinterbliebenen verstorbener Hausgewerbetreibender können Witwen- und Waisenrenten beanspruchen, wenn der Verstorbene neben den sonstigen Bedingungen die Wartezeit von 40 Beitragswochen erfüllt hatte.

## Eine Einbürgerungsurkunde 500 Mark.

Für gebührenpflichtige Einbürgerungsurkunden werden jetzt 500 Goldmarken erhoben. Dieser Betrag kann im Falle nachgewiesener oder offenkundiger Bedürftigkeit auf Antrag bis auf 10 Goldmarken ermäßigt werden. Gebührenfrei sind: Einbürgerungsurkunden für frühere Deutsche, die durch den Friedensvertrag von Versailles die Reichsangehörigkeit verloren und inzwischen keine andere als die ihnen durch jenen Vertrag aufgezwungene fremde Staatsangehörigkeit erworben haben, und für staatenlose Kriegsteilnehmer und ihre Angehörigen oder Hinterbliebenen, die zur Erlangung einer Rente oder sonstiger Versorgungsgebühren ihre Einbürgerung beantragen. Verträge von Urkunden, die auf Grund des Vertrages von Versailles oder zu seiner Ausführung ergangen oder noch ergabenden Bestimmungen im Optionenverfahren erteilt werden, sowie Zwischenbescheide in Einbürgerungssachen. Neben den Gebühren wird eine Stempelgebühr nicht erhoben. Stempelfrei sind ferner die gebührenfrei erteilten Bescheide und Urkunden.

Landkreisverband und Verwaltungsreform. In Hannover tagt am 23. Februar der Gesamtverband des Verbandes der Preussischen Landkreise. Die außerordentliche Versammlung ist einberufen worden, um über die Stellung der Kreisverwaltungsverbände zur Verwaltungsreform in Preußen zu beraten und zu beschließen. Es ist anzunehmen, daß er Verfassungskonferenzen und die Vereinfachung der Verwaltung, die die allgemeine Finanznot in Reich, Ländern, Gemeindeverbänden und Gemeinden ausgenutzt haben, nun auch Veranlassung geben, das Problem der Verwaltungsorganisation endlich zu lösen und in die Praxis umzusetzen.

Weber die Ausbändigung von Wechseln, Post- und Zahlungsaufstellungen an unbekannt Empfänger war bisher bestimmt, daß sich der Empfänger durch genügende Ausweis-papiere und durch das Zeugnis einer bekannten, vertrauenswürdigen und zahlungsfähigen Person ausweisen sollte. Bei Einberufungen und bei Verfassungen, Post- und Zahlungsaufstellungen bis 200 Rentenmarken genügt es, wenn der Empfänger ein Ausweis-papier vorzulegen oder einen Zeugen stellen kann. Diese Vorschriften sind dahin geändert worden, daß allgemein, also auch bei Verfassungen, Post- und Zahlungsaufstellungen über höhere Beträge, nur noch einer von den beiden Ausweisen gefordert wird, also entweder ein vollständiges Ausweis-papier oder das Zeugnis einer bekannten, vertrauenswürdigen und zahlungsfähigen Person. Als vollständige Ausweis-papiere gelten außer der Postausweis-karte nur solche von Behörden für bestimmte Verfassungen ausgestellte Papiere, die eine Personenschilderung, ein beglaubigtes Bildnis und die eigenhändige Unterschrift des Inhabers tragen.

Weltliche Schule Wehrhagen. Die Einweihung der Eltern laienhaftig merkbaren Kinder wird am Freitag, den 23. Februar, nachmittags zwischen 10-11 Uhr im Musiksaal der weltlichen Schule, Wöhrstraße (ehemalige Gasse) stattfinden.

## Sport.

Der gestrige Propaganda-Vorabend im Sportpalast, der eine Reihe wichtiger Kämpfe der neuen deutschen Box-Klasse gegenüberstellte, brachte ein entscheidendes Bild für die Deutschen. Der Kampf des hiesigen Sommerweltmeister Andreas gegen Tobi Wagner endete überaus bedauerlich in der ersten Runde durch La-Segs Boxer, und die Schweden des Bönen jagen es vor, daß Pambuch in den Ring zu treten. Das gleiche Schicksal hatte in der zweiten Runde der Kampf zwischen Schweden gegen Nilsen. Der Schwede unterlag dem überlegenen Gegner ohne recht zum Kampf gekommen zu sein. So hat die Propaganda gegen Nilsen und die Schweden (Dänemark) gegen Nilsen die besten Resultate erzielt.

Der Kampf um die deutsche Mittelgewichtsweltmeisterschaft zwischen Kurt Brangel und Fritz Klemm, der am Freitag, den 18. März, im Sportpalast stattfand.

# Die Gewerkschaften und die Kommunisten.

## Maßnahmen der Berliner Gewerkschaftskommission.

Die Zerstückelungsarbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften beschäftigte die am Mittwoch abend abgehaltene Plenarsitzung der Berliner Gewerkschaftskommission.

Der Referent Sabath führte unter anderem aus: Es ist notwendig, daß wir darüber Klarheit schaffen, ob wir die einheitliche Organisation der freien Gewerkschaften aufrechterhalten wollen oder nicht. Hier gilt das Wort: Wer nicht mit uns ist, der ist wider uns, und wer mag außerhalb unserer Reihen seinen eigenen Weg gehen. Wir aber in unseren Reihen mitarbeiten wollen, von dem verlangen wir, daß er sich den Grundrissen und den Beschlüssen unserer Organisation und ihrer Körperschaft anfügt. Das sind die Internationalen Gewerkschaftsbund und in Amsterdam, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, seine Ortsvereine und die ihm angeschlossenen Verbände. Beschlüsse, die an Stellen gefaßt werden, die außerhalb dieser Organisationen liegen, können für uns nicht wachend sein. Wer sich demselben nicht fügt, den Beschlüssen solcher Stellen Folge zu leisten, der stellt sich im Gegensatz zu uns und kann nicht mit uns zusammenarbeiten. Wir kümmern uns nicht um die politische Stellung unserer Kollegen und machen keinem einen Vorwurf daraus, daß er der kommunistischen Partei angehört. Aber wir haben es uns stets vorbehalten und werden es uns auch jetzt, daß irgendeine Partei uns Direktiven erteilt oder daß rechts eingestellte Körperschaften, die sich außerhalb unserer Reihen gebildet haben, Beschlüsse fassen, nach denen wir uns richten sollen.

Es ist etwa zwei Jahren besteht neben der Berliner Gewerkschaftskommission (dem Ortsverband des ADGB) ein sogenanntes Rotes Gewerkschaftsamt. Für uns gibt es nur eine Berliner Epochenorganisation. Wir können nicht dulden, daß unsere Kollegen zwei Epochenorganisationen angehörend. Man kann nicht gleichzeitig der Internationalen und der Moskauer Gewerkschaftsinternationalen angehören, denn das sind zwei sich grundlegend gegenüberstehende Richtungen. Solange die Arbeit unserer Mitglieder auf dem Boden der Amsterdamer Internationalen steht, kann keiner, der sich zu uns rechnet, der Roten Partei angehören.

Die Anhänger der Roten Internationalen haben für ihre Kampfkraft in den Gewerkschaften eine besondere Organisation gebildet, die als Mittelorganisches Bureau nennt. Dies Bureau wird von 15 Mitgliedern geleitet, ihm gehören sich kommunistische Parteimitglieder und Parteimitglieder der Gewerkschaften sowie die gewerkschaftlichen Institutionen der RPD an. Aus dem Mittelorganischen Bureau ist ein Reichsorganisationsamt entstanden, das die Verbindungen zwischen den revolutionären Gewerkschaftsgruppen, den oppositionellen Gruppen in den Gewerkschaften und den kommunistischen Fraktionen herstellen soll. In jedem Ort soll ein Rotes Parteiobst sein. Der Reichsorganisationsamt ist auch die Verbindungsstelle mit dem Hauptorganisationsamt der Roten Moskauer Gewerkschaftsinternationalen, und er hat deren Beschlüsse durchzuführen. Diese Rote Organisation arbeitet also nach den Direktiven, die sie von Moskau erhält. Die Finanzierung dieser Organisation erfolgt durch Beiträge, die im Umkreis der RPD von den angeschlossenen Gruppen erhoben werden. — Wir haben es hier also mit einer geschlossenen Organisation zu tun, die gegen die Amsterdamer Gewerkschaften arbeitet. Wir sind deshalb verpflichtet gegen die Zerstückelungsarbeit gekämpft aufzutreten.

Wir werden von den Kommunisten als Arbeitervertreter, als Kapitalgegner usw. bekämpft. Wir wollen die Einheit der Gewerkschaften aufrechterhalten, um den Arbeitern eine Waffe im Kampf für ihre Rechte zu sichern. Denn aber, die die Einheit der Gewerkschaften nach Moskauer Rezepten zerlegen wollen, die bekämpfen die Gewerkschaften des Kapitals, sie sind die Kapitalgegner und Arbeitervertreter. (Beifälliger Beifall.)

Der Referent empfahl folgende Resolution:  
„Das Unternehmertum geht auf den ganzen Linie zum geschlossenen Angriff gegen die Grundmassen der Gewerkschaften über. Nur konsequente Penetration, geschlossenes Handeln und strenge Disziplin der Mitglieder der Gewerkschaften und aller ihrer Organe kann diesen organisierten Vorstoß abwehren.“

Die Gewerkschaftskommission als Ortsverband des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist die deutsche Epochenorganisation der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins. Wenn die Gewerkschaftskommission alle Organisationen der Arbeiter zu einheitlichem und geschlossenem Handeln zusammenfassen soll, kann und darf es neben ihr keine gleichwertige oder teilweise Körperschaft der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterarbeit in Berlin geben.

Das von der RPD-Zentrale im Rahmen einer mitteleuropäischen Organisation geschlossene sogenannte „Rote Kartell“ als deutsche Zentrale ist eine Organisation gegen die Gewerkschaftskommission, die jeder organisierte Arbeiter ablehnen muß und das um so mehr, als in demselben nicht nur die den freien Gewerkschaften feindlichen Organisationen — Unionen usw. — zusammengefaßt werden, sondern mit diesen auch die Dispositionen und die kommunistischen Fraktionen in den der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Organisationen.

Die Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission kann es nicht dulden, daß ihre Delegierten zu Reichsmitgliedern des „Roten Kartells“ sind. Sie lehnt ein Zusammenarbeiten mit Kollegen und Kolleginnen ab, die Mitglieder oder Delegierte des „Roten Kartells“ sind und den Befehlen und der Disziplin ihrer Partei unterliegen.

Die Ortsvereine sind demnach verpflichtet, von ihren Delegierten zur Gewerkschaftskommission die schriftliche Erklärung zu fordern, daß sie auf dem Boden der Satzungen und Grundrissen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Internationalen Gewerkschaftsbundes Amsterdam stehen, dem

„Roten Kartell“ nicht beitreten und, sofern das bereits geschehen ist, aus demselben austreten.

Delegierten, die eine solche schriftliche Erklärung ablehnen, ist das Mandat zur Gewerkschaftskommission zu entziehen und an deren Stelle andere Vertreter zu entsenden.

Gegen Ortsvereine, die es ablehnen, diesen Beschlüssen der Plenarversammlung auszuführen, wird der Ausschluß beantragt, im Benehmen mit dem Bundesvorstand die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.“

In der Diskussion gingen die kommunistischen Redner — zwei an der Zahl — nicht auf den Kern der Sache — die Sonderorganisation — ein, sondern sie taten so, als ob ihnen das Recht abgesprochen werden sollte, Opposition gegen die Gewerkschaftsaktionen zu machen und ihre abweichenden Meinungen innerhalb der Gewerkschaften zu vertreten und zu propagieren. Dieser falschen Darstellung traten die Redner der Amsterdamer Richtung entgegen, indem sie betonten, niemand hindere die Kommunisten an einer solchen, von kollektivem Empfinden getragenen Opposition. Nur dagegen müsse man sich mit aller Entschiedenheit wenden, daß eine nicht von gewerkschaftlichen, sondern von politischen Gesichtspunkten ausgehende, von außen her beeinflusste und geleitete Organisation innerhalb der Gewerkschaften aufgemacht worden sei in der Absicht, die geschlossene Kampffront der Gewerkschaften zu zerlegen. Da eine nicht politisch-kommunistische, sondern rein gewerkschaftlich eingestellte Opposition betrieben werde, da sei auch ein gezieltes Zusammenarbeiten möglich.

Im Schlußwort sagte der Referent Sabath: Wenn die kommunistischen Redner behaupten, die Gewerkschaftskommission habe ihnen jetzt den Feindhandelschlag hingeworfen, so ist das falsch. Zwei Jahre hat die Gewerkschaftskommission die organisierte Zerstückelungsarbeit der Kommunisten mit angesehen. Jetzt aber ist es die höchste Zeit, den Feindhandelschlag, den uns die Kommunisten hingeworfen haben, aufzuheben und uns gegen ihre Treibereien zu wehren. Wenn die Kommunisten es für nötig halten, eine Organisation gegen die Gewerkschaften zu bilden, was sie tatsächlich doch getan haben, dann sollen sie so ehrlich sein und aus den Gewerkschaften hinausgehen. Eine Sonderorganisation, die uns bekämpft, können wir uns nicht gefallen lassen.

Die Resolution des Referenten wurde mit allen gegen zehn Stimmen der Kommunisten angenommen.

### Kommunistische Niederlage bei den Buchdruckern.

Bei den Berliner Buchdruckern fanden die Neuwahlen zum Gewerkschaftsrat statt. Die Kommunisten hatten mit großem Lärm und Aufbruch den Kampf um die Wahlleitung für die „Berliner Buchdruckergewerkschaft“ des bisherigen Gewerkschafts nicht aufgeben wollen. Alles, was nicht kommunistisch eingestimmt ist, glaubte man niederzujagen. Wenn schon die vorausgegangenen Delegiertenwahlen mit ihrer überwältigenden Mehrheit für die Amsterdamer Richtung den Kommunisten zu denken gegeben hatten, so haben die Wahlen zum Gewerkschaftsrat vollends den Beweis dafür erbracht, daß man kommunistische Methoden bei den Buchdruckern rundweg ablehnt.

In der Generalversammlung am Dienstag im Gewerkschaftshaus gab Braun den Bericht über das verfloffene Geschäftsjahr. Der Redner führte folgenden aus: Unter der Wirtschaftsmisere habe auch unsere gut fundierte Organisation zu leiden. Der Mitgliederbestand verminderte sich durch die ungenügenden Verdienste. Infolge der beispiellosen Geldentwertung und dadurch eingetretener schlechter Konjunktur wuchs die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter erschreckend. Besonders Schaden hat die Organisation durch den letzten verlorenen Streik erlitten. Auch die Tarifverhandlungen verzögerten sich dadurch, und das Unternehmertum wühlte sich immer mehr Herr der Lage. Die verlängerte Arbeitszeit ist nicht generell eingeführt, sondern nur in Ausnahmefällen und vorübergehend gestattet. In vielen Betrieben ist es möglich gewesen, die 48stündige Arbeitswoche beizubehalten. Trotzdem bis Ende Mai laufende Vereinbarungen mit den Unternehmern getroffen sind, besteht auch jetzt noch kein Frieden zwischen Arbeitgeber und Gehilfen. Bei der jetzt allmählich eintretenden besseren Konjunktur wird auch die neue Ortsverwaltung ihr größtes Augenmerk den Arbeitslosen zuwenden müssen. Unter Zusammenfassung aller Kräfte muß an der Wiedererstarkung der Organisation gearbeitet werden. Dann können die Buchdrucker getrost der Zukunft entgegengehen.

In der Diskussion wurde die geleistete Arbeit des Gewerkschaftsrats von den Kommunisten scharf kritisiert. Ein Redner kam sogar auf den radikalen Einfall, den Ausschluß der Genossen Scheidemann, Löbe, Hildenbrand und Richard Fischer aus der Buchdruckerorganisation zu beantragen, weil sie dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt haben. Dieser Antrag mußte als schadenlos zurückgewiesen werden.

Bei den dann vorgenommenen Wahlen zum Gewerkschaftsrat fanden die in Vorbericht gebachten kommunistischen Kandidaten nur eine sehr geringe Unterstützung. Die bisherigen beiden Vorsitzenden Braun und Kibrecht wurden mit großer Majorität wiedergewählt. Der Kassierer sowie die Schriftführer werden durch Urwahl bestimmt.

### Kommunistische Einheitsfront.

Berlin, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Ein Originalrundschreiben der kommunistischen Bezirksleitung für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, sowie Schriftstücke der Union für Hand- und Kopf-

arbeiter, die unserer Partei in die Hände fielen, geben bemerkenswerte Aufschlüsse für die Zerstückelungsarbeiten bei der Union. In dem Rundschreiben teilt die kommunistische Bezirksleitung mit, daß infolge der Weigerung der Mitglieder der Union-Zentrale, mit den Vertretern der Roten Gewerkschaftsinternationalen zu tagen, der kommunistische Reichsorganisationsrat beschlossen hat, die Zentrale der Union im Ruhrgebiet aufzulösen und von Grund auf zu reorganisieren. Die Hauptursache der Differenzen zwischen Bezirksleitung der Union und Zentrale der RPD liegt in der Disziplin der kommunistischen Leitung in allen politischen Fragen, die zu offener Aufkündigung der unionistischen Gewerkschaftshauptlinge geführt hat. Von der RPD wird gegen die Angehörigen der Union der Vorwurf erhoben, mit Propagandageldern, und zwar 400 Dollar im Monat Oktober und 2000 Dollar im Monat November, die zum Druck von Flugblättern und Zeitungen verwendet werden sollten, Mißbrauch getrieben zu haben. Ebenso wird von den Kommunisten den Unionisten vorgeworfen, während und nach der Kubaktion in unverantwortlicher Passivität verharret zu haben. Die unionistische Zeitung rechtfertigt sich mit der Erklärung, daß die kommunistische Parteileitung Ende Oktober vollständig passivität von ihr verlangt habe, da die RPD-Zentrale der Überzeugung gewesen sei, daß sie bis zum 15. November die politische Macht im unbefestigten Gebiet in Händen hätte. Im Anschluß an diese Vorgänge werden von der RPD die leitenden Funktionäre der Union aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen. Die kommunistischen Parteimitglieder werden aufgefordert, den Verlassen dieser Funktionäre, eine Anzahl von Versammlungen einzuberufen und dort eine Spaltung der Union herbeizuführen, mit allen Mitteln alles entgegenzutreten.

### Die Heme in der Metallindustrie.

Nicht nur in der Tabakindustrie — wie wir in Nr. 83 des „Vorwärts“ an der Hand eines Einzelfalles zeigten —, sondern auch in der Metallindustrie verfolgt die Heme der Unternehmern die Arbeiter. Die von Arbeitern begangenen Diebstahlsfälle, die von Hungerstrafen von unbegrenzter Dauer, so gegen Fall, der vor der Kammer 8 des Gewerbegerichts Berlin verhandelt wurde, beweist das.

Ein Dreier, der fast zwei Jahre bei der Firma Fähr gearbeitet und seinen Anlaß zur Unzufriedenheit gegeben hatte, wurde plötzlich entlassen. Er klagte auf Grund des Betriebsunfalls, weil die Entlassung eine unbillige Härte darstelle.

Der Vertreter der Firma führte zur Begründung der Entlassung an: Die Firma erhielt einen anonymen Brief, worin eine Reihe von Arbeitern namhaft gemacht wurde, die nach Anrede des anonymen Briefschreibers festgesetzt Diebstahls begangen hätten. Mehrere der angeführten Namen waren mit einem Kreuz versehen zum Zeichen, daß die betreffenden Arbeiter ganz besonders gefährliche Diebe seien. Auch der Name des Klägers war angekreuzt. Die Firma ließ nun die anonym Denunzierten scharf beobachten, ohne daß diese es merkten. Bei einigen soll sich, wie der Vertreter der Firma angab, die Unschuldigung als begründet erwiesen haben. Über gegen den Kläger wurde trotz eingehender Beobachtung nichts entdeckt. Die Firma Fähr fragte nun bei der Firma Bergmann, wo der Kläger vorher beschäftigt gewesen war, an und erhielt die Auskunft, daß der Kläger dort feinerzeit wegen Diebstahls entlassen und auch vom Schöffengericht verurteilt worden ist. Daraufhin wurde der Kläger auch von der Firma Fähr entlassen.

Damit ist also der Kläger — wie sein Vertreter betont — zur dauernden Arbeitslosigkeit verurteilt, denn wenn, wie es in solchen Fällen geschieht, im Entlassungsakt kein Entlassungsgrund angegeben ist, so zieht die Firma, wo der Entlassene eingestellt werden könnte, erst Auskunft bei seinem letzten Arbeitgeber ein, erfährt auf diese Weise den Entlassungsgrund und lehnt die Einstellung ab.

So wird also eine einmalige Verfehlung, die bereits vom Strafgericht geurteilt worden ist, von den Unternehmern noch mit dauernder Vernichtung der Existenz bestraft. Selbst durch seine spätere tadellose Führung kann ein so gekennzeichnete der dauernden Verurteilung nicht entgehen. Eine anonyme Angeberei, die trotz scharfer Beobachtung des Beschuldigten nicht erwiesen werden konnte, genügt, um ein langst bestrafte Vergehen aufs neue schwer zu bestrafen.

Das Gericht erkannte die Entlassung als unbillige Härte an und verurteilte die Firma, den Kläger wieder einzustellen oder ihm eine Entschädigung von 200 Goldmark zu zahlen.

### Lohnstreik der englischen Dockarbeiter.

Aus London wird offiziell berichtet, daß der Dockarbeiterstreik beigelegt ist. Die Dockarbeiter haben in allen Punkten ihre Forderungen durchgesetzt.

Das Ergebnis der ersten öffentlichen Sitzung des mit der Untersuchung der Ursachen des Dockarbeiterstreiks betrauten Gerichtshofes verleiht für die Unternehmer so ungünstig, daß sie am Abend in der City zusammentraten, um den Streikenden neue Vorschläge zu machen. Es wurde nachgemerkt, daß die Unternehmer den Streik provoziert haben.

Die Differenzen mit der Sierra U.S. sind beigelegt. Mit der Gefälligkeits ist es noch gestern Nacht zu einem Vertragsabschluss gekommen, der die bestehenden Differenzen befriedigend beigelegt. Die Sperre ist damit aufgehoben.

### Zentralverband der Hotelangestellten.

Zentralverband der Hotelangestellten. Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: J. W. Graf Reuter; Gewerkschaftswesen: J. G. Müller; Kultur: E. G. Müller; Soziale und Sonstige: R. H. Müller; Verwaltung: H. G. Müller in Berlin. Verlegt: Hermann-Brosch, G. m. b. H., Berlin, Post: Hermann-Brosch und Verlagsgesellschaft Carl Singer & Co., Berlin S.W. 6, Lindenstraße 4.

**Deutscher Metallarbeiter-Verein**  
Orthopädische Gruppe  
Freitag, den 22. Februar, 6 Uhr abds.  
wichtige Gruppenversammlung  
im Ethnologen, Verbandsheim, Lindenstraße. Die Ortsverwaltung.

**Leder — billig!**  
Kein schlechteres  
Buche- u. Sohl.-Groupons  
Kofe Ober-eder; Lad.  
**Berthold Kuttner**  
Reichenbergstraße 14. (1-3. Stock)

**Möbel Müller!**  
Berlin C., Alexanderstr. 21. Tel. 64. 1772.  
Speisezimmer, Herrenzimmer  
Wohn- und Schlafz. mmer, sowie  
Küche, Möbel ab Fahrk. zu billigen Preisen

**Steppdecken**  
Bismarck, direkt Fabrik  
Berthold Kuttner  
72, Wallstr. 72/73, Spitzmarkt  
C. Engel & N. Nikolajew, Pl. 2  
Witzsteppdecken auf Lager.

**Ständiges Lager**  
in über  
**150 Stunduhren**  
in allen  
Holz- und Metall-  
Schritt-Garant  
Silber- u. Golduhren  
5 und 6 Kett., mehr.  
Stepp- u. Auswähler  
Glock. Lärer-Uhren  
14 Karat Gold-Arm-  
band-Uhren sowie  
Hör- u. Uhren  
**Gold. Trauringe**  
Juwelen, Silber-  
Linsen, ach Gewicht  
Alpaka-Bestecke  
**Karl Wutke**  
J. H. H. H. H. H. H.  
Invalidenstr. 10  
Ecke Gärtenstraße  
(Hofstr. 101)  
Gest. 1908  
v. 120 Goldmark an

**Der gute Kapitän-Kautabak**  
ist aus feinstem Kautabak nach  
dem über Welt hinaus, bekannt ist sein  
Beizgeschmack und seine Kraft. Für 15 Pf.  
in den meisten Geschäften erhältlich.  
Neuer Versuch alle den einen  
C. Röcker, Jena, Lindenbergr-Str. 22. (Tel. 1011)

**Ursprung Frauen**  
Fin. „Frauenwelt“  
Eine halbmontatsschrift  
mit farbigem Umschlag,  
vielen Bildern im Text.  
Unterhaltung u. Kurzweil  
und schon Klauen  
Im Frauen zum Stande!  
Für 30 Pfennig das Heft  
besorgt es  
jede Ausgabestelle und jede  
Botenfrau des „Vorwärts“

**Herren-Barderoben**  
Centrahaus moderner Herrenkleidung  
Neue Kleiderstoffe 35 Pf.  
an der Central-Verkaufsstelle  
Hilert an überaus elegante  
**Trauringe**  
fertig und nach Maß und 7 Gewichte  
für beliebigen Gebrauch, wertvollste  
reite u. hängend 2 M. an.  
Individuelle Auswahl, Stoffe,  
Aufschnitt, u. Verarbeiten im Hause.

**Möbel**  
Herren-, Speise-, Schlafzimm-  
r u. chen, ein- u. zweibettig u.  
Einzelbetten, sowie Teppiche  
Gardinen, Konfektion zu den  
günstigsten Preisen  
**Möbel-Gross**  
Nr. Frankfurter Str. 141

**Kinderland 1924**  
Ein Buch für unsere Jungen  
und Mädel  
Mit reichem Bildmaterial  
verschiedenster Art, die  
Erziehungs- und auch be-  
ziehenden Inhalte, ist die  
zu diesen Kindern das Buch  
zu einem immer wichtigeren  
Gegenstand in der Hand erzie-  
hender Eltern  
**Preis 1.- Mark!**  
zu haben bei allen Antiquarbuchhänd-  
lern und in der  
Vorwärts-Druckerei, Lindenstr. 3